

Das Jahr der Energieeffizienz?

2013-01-02 15:34

Gegenwärtig ist das Thema Energie und Energiepreisentwicklung für immer mehr Haushalte ein fundamentales Problem. Nach Berechnung unterschiedlicher Vergleichsportale muss eine [„vierköpfige Familie mit einem Jahresverbrauch von 5000 Kilowattstunden durchschnittlich rund 1448 Euro Strom in der Grundversorgung zahlen. Das sind 156 Euro mehr als im Vorjahr.“](#) Und das – so scheint es – ist die Schuld der Energiewende. Spiegel online hat dazu heute auf der Homepage eine [„Themenseite Energiewende“](#) eingerichtet, um sich dem Problem anzunehmen. Laut einem Bericht auf dieser Seite sagt EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger zur drohenden Energiepreisexplosion: [„Innerhalb der nächsten fünf Jahre wird der Strompreis deutlich schneller als die Inflation steigen“](#)

Doch ist diese Entwicklung unserer Einschätzung nach keinesfalls auf die Energiewende zurückzuführen. Spätestens seit dem Jahr 2000 (also gut 10 Jahre vor Fukushima und der Entscheidung für eine Energiewende) stiegen die Energiepreise bereits steil und kontinuierlich an. Durchschnittlich um 8 % jährlich! Ein Ende ist heute aufgrund zunehmender globaler Ressourcen- / Energieknappheit nicht in Sicht. Deshalb müsste Öttinger – um eine faire Betrachtung der Energiepreisentwicklung zu ermöglichen – darauf hinweisen, dass auch schon lange vor der Energiewende Strompreise deutlich schneller stiegen als die Inflation. Eine Lösung, die Oettinger erneut in einer stärkeren Integration der Kernenergie sieht, können wir aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zustimmen. In unserem [Beitrag auf der Bauhaus.SOLAR](#) wiesen wir darauf hin, dass die Stromkosten produziert über Kernenergie, Gas und Kohle unter Berücksichtigung externer Kosten heute bereits höher sind als die über erneuerbare Energien erzeugten Stromkosten. Ein Grund dafür: Die hohen Kosten für den AKW-Rückbau.

Ein Ausweg aus der Energiepreisfalle gelingt unserer Meinung nach primär über Energieeinsparungen. Auch die Regierungskommission zur Überwachung der Energiewende, ist dieser Meinung. Doch tut Deutschland noch zu wenig, um das Potential zu nutzen. Laut den Experten der Kommission spart Deutschland weder bei Gebäuden, noch im Verkehr effizient genug. ["Ohne weitergehende zusätzliche Maßnahmen werden die Effizienzziele der Energiewende nicht erreicht"](#), schreibt das von der Regierung vor einem Jahr beauftragte vierköpfige Gremium in seinem ersten Zwischenbericht, der jetzt veröffentlicht wurde. Sie fordern deutlich mehr Anstrengungen, um das Energiesparen in Gebäuden zu verbessern, wo 40 Prozent der Energie verbraucht und – ein Großteil davon – bei richtigen Energieeinsparmaßnahmen auch eingespart werden kann.

Nach dem Scheitern der steuerlichen Förderung von Energetischen Sanierungsmaßnahmen im letzten Jahr, hat die Regierung nun für 2013 einen wichtigen Schritt unternommen, um bisherige Versäumnisse nachzuholen. Dazu hat das Bundeskabinett die Eckpunkte für ein [KfW-Programm](#) zur umfassenden Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden beschlossen. Anfang 2013 soll es in Kraft treten. Das Programm ist mit 2,5 Milliarden Euro ausgestattet, wobei über 8 Jahre 300 Millionen Euro jährlich zusätzlich ausbezahlt werden soll.

Das Programm (151, bzw. 152) sieht vor, folgende Zuschüsse zu erhöhen:

- Für Einzelmaßnahmen bei Energieeffizienz gibt es 10 Prozent Zuschuss bis zu einer Höhe von maximal 5.000 Euro. Bislang waren es 7,5 % und 3.750 Euro.
- Für umfassende Sanierungen auf das Niveau eines Effizienzhauses 55 gibt es künftig 25 Prozent der Kosten als Zuschuss bei maximal 18.750 Euro. Bislang waren es 20 % und 15.000 Euro.
- Wird das Niveau Effizienzhaus 70 erreicht, beträgt der Zuschuss 20 Prozent bei maximal 15.000 Euro. Bislang waren es 17,5 % und max. 13.125 Euro.

Anreize, die für Sanierungswillige unserer Einschätzung nach ein sehr attraktives Angebot darstellen.

Auch das Marktanreizprogramm (MAP) des Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wird erstmals mit über 400 Millionen Euro ausgestattet. Das MAP dient als "Abwrackprämie" von alten, umweltschädlichen Heizungsanlagen sowohl für Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, als auch für kleinere öffentliche und gewerbliche Objekte. Beim Austausch des alten Kessels gegen einen mit Erneuerbaren Energieträgern, gibt es hohe Zuschüsse. Atum stellt für Sie eine [Informations-Broschüre](#) bereit.



Durch das Programm konnte das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in den letzten Jahren bereits erfolgreich unterstützt werden. Laut Bundesumweltministerium (BMU) ist das Gesetz dadurch vor allem im Neubau bereits ein Erfolgsmodell. Alle Heizungen auf Basis von Erneuerbaren Energien konnten hier ihre Marktanteile deutlich erhöhen. Am stärksten profitierten Wärmepumpen, gefolgt von Pellet-Heizungen und mit Abstrichen auch die Solarthermie. Laut einer [Studie des BMU](#) wurden auch 6 Prozent der Bestandsgebäude bereits ausschließlich mit Erneuerbaren beheizt, 13 Prozent nutzten nachwachsende Energien zumindest zum Teil.

Grund genug also, in 2013 in die Energetische Sanierung der Gebäudehülle oder der Heizungsanlage zu investieren. Wir sind gerne für Sie da, um Ihnen die Vorzüge über (neue) öffentliche Förderungsmöglichkeiten zu erläutern und die Wirtschaftlichkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen für Sie zu berechnen.

Ein gutes, energieeffizientes Jahr 2013 wünscht Ihnen

Benjamin Holtz

Kommentare

Einen Kommentar schreiben